

Außenansicht

Das aufgekündigte Vertrauen

Auch wenn das Regime die Auseinandersetzung gewonnen haben sollte: Vieles in Iran wird nicht mehr so sein wie zuvor

Von Volker Perthes

Für die weitere Entwicklung in Iran ist es mittlerweile kaum noch entscheidend, in welchem Ausmaß die Präsidentenwahlen vom 12. Juni manipuliert oder gefälscht worden sind. Wir wissen es nicht: Es ist durchaus plausibel, dass Mahmud Ahmadinedschad auf Grund seiner Kontrolle des Staatsapparats, der elektronischen Medien und des Budgets eine deutliche Mehrheit der Stimmen gewonnen hat. Die Wahlergebnisse, die die Regierung verkündet hat, geben im Einzelnen erheblichen Anlass zu Zweifeln. Das Gleiche gilt jedoch auch für die Zahlen, die die Opposition mit Hinweis auf angeblich zuverlässige Quellen im Innenministerium verbreitet.

Unabhängig vom tatsächlichen Wahlausgang befindet sich die Islamische Republik Iran an einem entscheidenden Punkt ihrer mittlerweile 30-jährigen Geschichte. Sicher wird vieles in Iran nicht mehr so sein wie zuvor. Kritik an Regierung und Regime, das konnte jeder Besucher feststellen, war schon lange verbreitet. Auch außerhalb Teherans, bei Reisen in die Provinzen und Kleinstädte, konnte man Klagen über Korruption, Nepotismus und Willkür, über Ungerechtigkeiten im System und schlechte Regierungsführung oder über die Einschränkungen individueller, kultureller und politischer Freiheiten hören. Gleichwohl, das zeigte nicht zuletzt die hohe Wahlbeteiligung, akzeptierten auch diejenigen, die sich innerhalb des Landes als oppositionell oder regimekritisch verstanden, die staatlichen Institutionen und liehen ihnen sogar ein gewisses Vertrauen: Immerhin hielt man einen Wandel durch die Wahlurne für möglich. Dieses Vertrauen ist zerbrochen. Hunderttausende, die gewählt haben, protestierten, weil sie überzeugt sind, dass das Regime ihre Stimme gestohlen hat.

Dabei war der Protest nicht nur einer gegen das verkündete Wahlergebnis: Hier mischte sich regimeloyale mit grundsätzlicher Opposition, Kritik am Präsidenten mit der am System, die Forderung nach einer Neuwahl mit dem Verlangen nach politischer Freiheit und echter Demokratie. Erstmals hatte das seinem Anspruch nach revolutionäre Regime die Kontrolle über die Straße verloren und konnte diese nur noch mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt wiederherstellen. So etwas nennt man, unabhängig von der jeweiligen weiteren Entwicklung, einen revolutionären Moment. Wie bei anderen Revolutionen auch ist dies keine Frage von Mehrheit und Minderheit - Revolutionen sind nie von der Mehrheit gemacht worden -, sondern eine der notwendigen kritischen Masse. Diese hatte die iranische Opposition zweifellos erreicht. Und wie bei anderen revolutionären Momenten ist der weitere Verlauf der Dinge immer noch unvorhersehbar, auch wenn er im Nachhinein - in einem Jahr oder in fünf Jahren - als völlig logisch erscheinen mag.

Man kann viele plausible Vermutungen anstellen, nur ist das eine Szenario oft so gut wie das entgegengesetzte: So kann eine massive Unterdrückung die Opposition zerschlagen oder das Regime an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen lassen. Versuche des Religiösen Führers, Ayatollah Chamenei, individuell auf die Spitzen der Opposition zuzugehen, können die Bewegung spalten. Sie können dieser aber auch die Schwäche des Regimes demonstrieren und sie doch noch zu weiteren Forderungen ermutigen. Mussawi, Rafsandschani, Karrubi und Rezai können letztlich den Systemerhalt wählen - oder sich ermutigt fühlen, die Auseinandersetzung jetzt erst recht weiterzuführen.

Tatsächlich ließ sich ein Tiananmen-Szenario, bei dem der Staat mit brutaler Gewalt die Proteste beendet, lange nicht ausschließen. Allerdings dürfte man in Teheran gewusst haben, dass es Vergleichsfälle gibt - man denke an Milosevic und Belgrad im Herbst 2000 -, in denen die Sicherheitskräfte den Schießbefehl gegen die eigene Bevölkerung verweigert haben. Nicht nur deshalb hat wohl auch der Religiöse Führer, so sehr der Erhalt des Regimes für ihn Priorität hat, eine Eskalation zum Äußersten vermeiden wollen. Inzwischen erscheint weder ein rascher

Zusammenbruch des Regimes noch eine kenianische oder simbabwische Lösung (bei der die Opposition kooptiert wird, um den Staat zu erhalten) sehr wahrscheinlich. Eine offene oder versteckte Machtübernahme der Sicherheitskräfte ist denkbar, findet vielleicht schon statt. Optimisten mögen dabei an ein polnisches Szenario denken, bei dem das Militär die Macht übernimmt, letztlich aber, wenngleich nach Jahren, mit der Opposition den Übergang zur Demokratie verhandeln muss.

Auch wenn das Regime sich durchzusetzen scheint, wenn wir es weiter mit Ahmadinedschad als altem und neuem Präsidenten zu tun haben werden, wird Iran verändert aus dieser Krise hervorgehen. Der Präsident wird schwächer sein als in der ersten Amtszeit. Die Machtgewichte innerhalb des Systems dürften sich weiter zugunsten der Revolutionsgarden verschieben, die bereits in den vergangenen Jahren erheblich an Einfluss im Parlament, in der Regierung und in der Wirtschaft gewonnen haben. Der schiitische Klerus mit seinen zum Teil durchaus liberalen theologischen Schulen in Ghom wird weiter marginalisiert werden. Auch die Autorität Chameneis dürfte angekratzt sein. Bisher hat er für wesentliche Entscheidungen einen Konsens innerhalb der politischen Elite gesucht, zu der auch Personen wie der ehemalige Präsident Rafsandschani gehören. Dieser Grundkonsens scheint nun aufgekündigt zu sein. Erstmals seit der Revolution geht ein tiefer Riss mitten durch die Führungsschicht des Systems.

Die USA und die Staaten der Europäischen Union dürfen nicht den Eindruck vermitteln, dass sie entscheiden wollten, wer Iran regiert. Eine Parteinahme westlicher Regierungen für Mussawi würde der Opposition nur noch mehr schaden - und Ahmadinedschad helfen, seine Gegner als Agenten des Westens zu diffamieren. Richtig ist, die iranische Regierung vor weiterer Gewalt gegen die Opposition zu warnen und ihr deutlich zu machen, dass die gewünschte Verbesserung der Beziehung zum Westen auch davon abhängt, wie sie mit den Menschen im eigenen Land umgeht.

Die Wiederaufnahme der Gespräche über Irans Atomprogramm bleibt davon allerdings unberührt. Diese Verhandlungen müssen baldmöglichst zustande kommen - erstens gehört zur Diplomatie gerade der Umgang mit unangenehmen Gegenübern. Und zweitens wird in der Nuklearanlage von Natans umso mehr Uran angereichert werden, je länger ein diplomatischer Prozess sich verzögert.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.